

**PARLAMENTSREDE** von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 64. Sitzung vom 06. Mai 2010 zum Thema: 16. Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Gutzeit und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit ganz besonders danken.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Sie haben uns wieder einen umfangreichen Bericht vorgelegt, und ich gehe davon aus, dass ihn nicht alle ganz intensiv studiert haben, und deswegen will ich mich an ein paar Stellen darauf beziehen.

Ich will zuerst sagen: Wir bekommen immer Ihre Schriftenreihe mit Heften, wo Leute über ihr persönliches oder andere Schicksale schreiben oder uns einen Überblick über das geben, was im Rahmen der Aufarbeitung aktuell an das Licht gekommen ist. Ich denke dabei an das Heft, das ich gerade dieser Tage erhielt, von Herrn Bude der uns sehr anschaulich über seinen Aufenthalt im Lager Workuta berichtet. Ich glaube, eine ganz wichtige Aufgabe ist, dass Sie Öffentlichkeitsarbeit machen, dass Sie Leute zu Wort kommen lassen, die vielleicht sonst in der Presse nicht zu Wort kommen, und dass Sie mit dieser Arbeit versuchen, die Öffentlichkeit und interessierte Kreise und nicht zuletzt die Schulen zu erreichen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt in Ihrer Tätigkeit.

Sie haben in Ihren Bericht geschrieben, welche Schwierigkeiten es gibt. Das macht man so, man schreibt ein paar gute Sachen hinein, aber man benennt auch Probleme. Das Thema der Opferrente ist hier schon erwähnt worden.

In Ihrem Bericht ist es auch noch einmal ganz gut erklärt: Diese Opferrente ist keine Anerkennung für besondere Leistungen im Kampf gegen die Diktatur, sondern sie soll ein wenig helfen, die Folgen abzumildern, die Leute aus Haftbefehlen oder aus anderer Drangsalierung mit sich herumschleppen. Da ist es natürlich höchst bedauerlich, wenn Jobcenter oder andere Behörden nicht informiert sind, die Leute vor neue Hürden geschoben werden und dort Sachbearbeiter sitzen, die mit der Gesetzeslage nichts am Hut haben.

Sie haben in Ihrem Bericht geschrieben, dass die psycho-soziale Beratungsstelle „Gegenwind“ erst einmal gesichert ist. Ich weiß, dass wir uns im letzten Jahr darüber unterhalten haben und es hieß, dass die psychosoziale Betreuung von Haftopfern oder von Menschen, die Schädigungen erlitten haben, eine wichtige Arbeit ist, das müsse doch zu finanzieren sein, das müsse doch in Berlin gehen. Wir haben viele Beratungsstellen, und diese psychosoziale Beratung ist unheimlich wichtig, das braucht man, das braucht man auch für die Supervision bei den verschiedenen Trägern von juristischer Beratung, von Opferberatung. Ich freue mich, dass das zunächst einmal gesichert ist.

[Beifall bei den Grünen]

Herr Gutzeit hat uns dargelegt, welche Veranstaltungen er im letzten Jahr anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums durchgeführt hat und welche Ausstellungen stattfanden. Heute – die Präsidentin hat zu Beginn der Sitzung in ihren Gedenkworten darauf hingewiesen – vor 20 Jahren hat die erste Kommunalwahl in Berlin-Ost und in den Bezirken stattgefunden. Wenn

man daran zurückdenkt, dann freue ich mich – das war eine Zeit, in der Leute Demokratie gelernt haben, in der Leute sich vorgenommen haben, etwas zu verändern. Nicht zuletzt – das weiß ich aus dem Bezirk, in dem ich damals tätig war – haben auch die SED- oder PDS-Leute damals lernen müssen, von Diktatur auf demokratische Strukturen umzuschalten. Das ist nicht allen leichtgefallen, aber das ist eine Erfahrung dieser Zeit von vor 20 Jahren. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, was wir aus dieser Zeit heute noch an Praxis, an parlamentarischem Gebaren haben. Manchmal fehlt mir das heute in diesem Haus; es gelingt uns nicht immer, deutlich zu machen, dass wir bei allem Meinungsstreit, bei allen Auseinandersetzungen respektvoll miteinander umgehen, dass wir alle am Fortkommen Berlins arbeiten und dafür die besten Ideen suchen. 1990 war das, glaube ich, etwas anders; da hat man dies den Leuten mehr abgenommen, die waren allen Argumenten gegenüber aufgeschlossen. Daran können wir in der eigenen politischen Praxis öfter mal zurückdenken.

[Beifall bei den Grünen – Beifall von Joachim Luchterhand (CDU)]

Herr Gutzeit! Sie haben sich in den letzten Jahren auch um Brandenburg gekümmert, weil es all diese Jahre – das mag der Regierung von Manfred Stolpe geschuldet sein – in Brandenburg keinen Landesbeauftragten gegeben hat. Es ist ja fast ein Treppenwitz, dass jetzt, nachdem eine rot-rote Regierung in Brandenburg amtiert, auch dort eine Landesbeauftragte tätig ist.

[Zuruf von Uwe Doering (Linksfraktion)]

Die heißt aber nicht Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, sondern die heißt Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Ich glaube, das ist eine viel bessere Bezeichnung, und ich wünsche mir, dass wir auch in Berlin darüber nachdenken, ob wir Ihre Behörde, Herr Gutzeit, nicht a) mit ein paar mehr Aufgaben ausstatten und b) vielleicht auch etwas breiter auf die Aufarbeitung der Diktatur insgesamt ausrichten. Ein letztes Wort zu Brandenburg.

**Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:**

Herr Otto! Sie müssen nun wirklich zum Schluss kommen!

**Andreas Otto (Grüne):**

Ich bin im letzten Satz! – Ich muss Sie, Herr Scholz, ansprechen, weil es natürlich auch die CDU in den vielen Jahren der Regierungsbeteiligung in Brandenburg nicht geschafft hat, dort einen Landesbeauftragten oder eine Landesbeauftragte zu installieren. Das ist nun unter Rot-Rot so gekommen, und ich glaube nicht, dass die Linkspartei das gefordert hat.

[Zuruf von Uwe Goetze (CDU)]

Das hatte sicherlich ein paar andere Gründe. Wir sollten von den Erfahrungen, die Brandenburg nun macht – – die beschäftigen sich ja übrigens auch mit der Aufarbeitung der Aufarbeitung, z. B. damit, was 1991 im Rahmen der Überprüfung der Parlamentarier herausgekommen ist beziehungsweise verschwiegen wurde.

**Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:**

Herr Otto! Nun muss wirklich Schluss sein!

**Andreas Otto (Grüne):**

Damit müssen die sich heute beschäftigen, wir sind ein kleines bisschen weiter, dafür, Herr Gutzeit, Ihnen und Ihrer Behörde ganz herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der SPD]